



»Jede Herrschaftsweise hat ihre Fronde«: Über Revisionismus, Klassen im Sozialismus und sozialistischen Absolutismus. Aus dem Briefwechsel zwischen Peter Hacks und Kurt Gossweiler. Vorabdruck

<b>Erholt</b> Venezuela: Nach Jahren des Abstiegs entwickelt sich die Wirtschaft derzeit gut. Neue Allianzen	<b>Erstarrt</b> Rinnal Rhein: Binnenfrachtschifffahrt durch Niedrigwasser stark eingeschränkt. Von Oliver Rast	<b>Ertappt</b> USA: FBI durchsucht Anwesen von Expräsident Trump wegen illegaler Mitnahme von Dokumenten	<b>Erbost</b> Niederländische Landwirte protestieren gegen neue Klimaschutzbestimmungen der Regierung
---	---	---	--



# Blut, Schweiß und Teelichter

Britische Regierung plant Stromausfälle im Winter ein. Verbraucher bei Energieunternehmen so hoch verschuldet wie noch nie. Von Matthias István Köhler

**Blackout in Großbritannien: Es könnte zappenduster werden an der Themse**

London wappnet sich für einen kalten, dunklen Winter. Wie die Nachrichtenagentur *Bloomberg* am Mittwoch berichtete, zieht die Regierung bereits organisierte Stromausfälle in Industrie und sogar in Haushalten in Betracht. Um es mit den leicht abgewandelten Worten des früheren Premiers Winston Churchill (1874-1965) zu sagen: Sie schwört die Bevölkerung schon einmal auf Blut, Schweiß und Teelichter ein.

Unterdurchschnittliche Temperaturen und geringere Stromimporte aus Norwegen und Frankreich könnten zu vier Tagen im Januar führen, an denen das Vereinigte Königreich »Notmaßnahmen« ergreifen muss, um Gas zu sparen, heißt es unter Berufung auf nicht namentlich genannte Personen aus dem Umfeld der Regierung. Aus dem Wirtschaftsministerium wurde beschwichtigend verlautet, das Szenario sei »nicht etwas, das wir erwarten«.

Die katastrophalen Folgen der Lebenshaltungskostenkrise sind in Großbritannien allerdings schon mit beiden Händen greifbar: Laut einer Studie des Verbraucherportals *Uswitch* sind die Bürger wegen der steigenden Preise bei ihren Energieversorgern so hoch verschuldet wie noch nie. 1,3 Milliarden Pfund an Verbindlichkeiten sind offen, umgerechnet etwa 1,5 Milliarden Euro, ein Zuwachs von 250 Prozent seit September 2021. Durchschnittlich 206 Pfund (244 Euro) schulden die sechs Millionen Haushalte ihren Anbietern – die Summe ist binnen vier Monaten um zehn Prozent gestiegen.

Dabei hat der Spaß noch gar nicht richtig angefangen. Die Konfrontation mit Russland kostet, den Preis für die unsichere Energieversorgung und alles, was daran hängt, bezahlen auch in Großbritannien die, die ohnehin kaum etwas haben. Bereits am Dienstag war bekannt geworden, dass die Energiepreise

in dem Land sich im kommenden Jahr voraussichtlich verdoppeln werden.

Allerdings organisiert sich bereits Widerstand. Während in der BRD noch über kürzeres Duschen diskutiert wird und die Regierung die erwartbaren Proteste in Herbst und Winter als »extremistisch« diffamiert, macht in Großbritannien die Kampagne »Enough is Enough« (Genug ist genug) mobil. Gemeinsam mit zahlreichen Gewerkschaften, die für die nächsten Wochen und Monate Streiks angekündigt haben, kämpft sie gegen die Folgen der Lebenshaltungskostenkrise. Gefordert werden eine Realloohnerhöhung, Senkung der Energierechnungen, ein Ende der Ernährungsarmut, menschenwürdige Wohnungen für alle und eine Besteuerung der Reichen. »Es ist Zeit, die Wut in Taten umzusetzen«, heißt es auf der Webseite.

Es donnert in den britischen Medien. Die Rufe nach staatlichen Hilfen, um

die explodierenden Energiepreise abzufedern, werden lauter – und die konservative Regierung kommt ins Schleudern. Anfang des Monats bewilligte sie umgerechnet etwa 470 Euro pro Haushalt. Angesichts der neuen Prognosen ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Weitere Unterstützung wurde bislang beharrlich ausgeschlossen. Elizabeth Truss, Außenministerin und laut Umfragen aussichtsreichste Kandidatin für die Nachfolge des amtierenden Premiers, Boris Johnson, musste am Mittwoch allerdings in einem Interview mit *Sky News* gestehen, sie schließe Zahlungen an die Bürger nicht mehr aus.

Für diesen Donnerstag sind Gespräche zwischen Regierung und den Energiekonzernen angedacht. Eilig hat man es in London dann aber nicht: Finanzminister Simon Clarke betonte am Mittwoch, dass alle wichtigen Entscheidungen erst Anfang September vom nächsten Premier getroffen werden.

## Nordsyrien: Tote nach Angriffen der Türkei



**Kamischi.** Die türkische Armee hat innerhalb von 24 Stunden 37 Ortschaften in Nord- und Ostsyrien bombardiert. Wie das in Nordostsyrien ansässige Rojava Information Center via Kurznachrichtendienst Twitter am Mittwoch mitteilte, seien bei den Angriffen zehn Menschen getötet und 17 weitere verletzt worden. Die Türkei habe die Gebiete mit Granaten, Artillerie und Drohnen beschossen. In einer Erklärung wiesen die mehrheitlich kurdisch-arabischen Syrischen Demokratischen Kräfte (SDK) darauf hin, dass Ankara die De-facto-Autonomieregion nahezu täglich beschleße, berichtete die Nachrichtenagentur *ANF* am Mittwoch. Bereits am Sonnabend waren in Kamischi vier Menschen bei einem Drohnenangriff ums Leben gekommen. Seit Anfang des Jahres sind in Nord- und Ostsyrien mindestens 35 Menschen infolge von türkischen Drohnenangriffen gestorben. (jW)

## Russland meldet Zerstörung von »Gepard«

**Moskau.** Das russische Militär hat nach eigenen Angaben bei Luftangriffen im Süden der Ukraine auch einen der aus Bundeswehr-Beständen gelieferten Flugabwehrpanzer »Gepard« vernichtet. »Nahe der Ortschaft Nowopawlivka im Gebiet Mokolajiw wurde ein von Deutschland an das Kiewer Regime geliefertes Kampffahrzeug für den Flugabwehrkanonenkomplex »Gepard« zerstört«, sagte Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch. Insgesamt will die Bundesregierung 30 »Gepard«-Flugabwehrpanzer an die Ukraine liefern. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums wurden bisher fünf Exemplare übergeben. Die ukrainische Seite hat die Ankunft von drei Panzern bestätigt. Zuletzt hatte das russische Verteidigungsministerium auch mehrfach die Vernichtung einzelner Exemplare des US-Raketenerwerfers »Himars« gemeldet. (dpa/jW)

## Lindner stellt Steuerpläne vor

»Inflationsausgleichsgesetz«: Sozialverband VdK kritisiert »falsche Prioritäten« des Finanzministers

Die Pläne sind verkündet, Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) stellte am Mittwoch in Berlin Eckpunkte für ein »Inflationsausgleichsgesetz« vor. Es soll ein nächstes »Entlastungspaket« sein – die Kernpunkte: ein höherer Grundfreibetrag und mehr Kindergeld. Lindner sprach gegenüber *tagesschau.de* von einer Steuersenkung in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro. 48 Millionen Personen in Deutschland würden davon profitieren, meinte der Minister. Durchschnittlich läge die Entlastung bei 192 Euro.

Lindner: »Angesichts der Befürchtung von steigenden Preisen für Gas und Lebensmittel ist man in einer Situation, wo gehandelt werden muss.«

Lindners Vorschläge sind in der Ampelkoalition noch längst nicht beschlossen. SPD und Grüne fordern, Einkommensschwache gezielt zu entlasten, Besserverdienende zu belasten. Der Bundesfinanzminister hielt am Mittwoch dagegen, steuerliche Mehrbelastungen seien in der aktuell fragilen Lage »nicht fair und wären auch für die wirtschaftliche Entwicklung gefährlich«.

Der Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Achim Post, sagte am Mittwoch gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters*, ein weiterer »kräftiger Entlastungsimpuls« sei notwendig, sollte aber vor allem auf Menschen mit kleinen und mittleren Gehältern zielen. Die Pläne des Finanzministers seien in der Hinsicht »noch verbesserungsbedürftig«. Die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, kritisierte in einer Mitteilung, Lindner setze steuerpolitisch falsche Prioritäten. »Das Gebot der Stunde ist, die vorhandenen Steuermittel richtig

einzusetzen.« Beispielsweise brauche es eine Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner in Höhe von 300 Euro. Noch etwas deutlicher wurde Christian Görke (Die Linke). Der Steuerplan des Ressortchefs für Finanzen sei »ein Witz«, sagte der finanzpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion in einem Statement. »Die unteren 70 Prozent der Bevölkerung gehen fast komplett leer aus, da sie kaum Einkommenssteuer zahlen.« Unter dem Strich profitierten Spitzenverdiener, und zwar am stärksten.

Oliver Rast

**jW** wird herausgegeben von 2.651 Genossinnen und Genossen (Stand 1.8.2022)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)



4 198625 901904